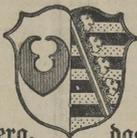


# Kemberger Zeitung

vormals General-Anzeiger für Kemberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Erscheint wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages. / Wöchentliche Beilagen: „Landmanns Sonntagsblatt“ und „Auffiertes Unterhaltungsblatt“. Bezugspreis: Monatlich für Abholer 1,25 M., durch Boten ins Haus gebracht in Kemberg 1,35 M., in den Landorten 1,40 M., durch die Post 1,45 M. Im Falle höherer Gewalt Betriebsänderung Streik usw. ersichtlicher Anpreisung auf Lieferung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreis: Die 5spaltige Petitzeile oder deren Raum 15 Pfg., die 3spaltige Kleinspaltige 40 Pfg., Ausnahmestellen 50 Pfg. / Für Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für richtige Wiedergabe unbedingt gesichert. / Bei durch Fernsprecher ausgegebenen Anzeigen wird keinerlei Garantie übernommen. / Beleggebühr: 10.— Mtl. das Laufend, zusätzlich Postgebühr. / Schluss der Anzeigenannahme vormittags 10 Uhr, spätere Anzeigen tags zuvor.

Amtsblatt für den Magistrat zu Kemberg, das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 54

Donnerstag, den 7. Mai 1931

33. Jahrg.

## Sonnabend, den 9. Mai Kram- u. Schweinemarkt

Der Markt beginnt um 7 Uhr  
Kemberg, den 29. April 1931.

### Die Polizeiverwaltung.

**Die städtische Badeanstalt**  
ist neu vorgerichtet, erneuert und verbessert worden. Sie wird hiermit zur **Verpachtung** ausgeschrieben. Als Pächter kommen nur gute Schwimmer in Frage. Nähere Auskunft erteilt der Bürgermeister.  
Angebote bis 10. Mai erbeten.  
Kemberg, den 5. Mai 1931.

### Der Magistrat

## Immer neue Stafforgen!

Durch nichts wird unsere schwierige wirtschaftliche Gesamtlage in anschaulicher Weise illustriert als durch die Tatsache, daß die Stafforgen bei uns kein Ende nehmen. Von Defizit zu Defizit: das scheint die wahrhaft tragische Lösung zu sein, unter der unsere Staats- seit Jahren stehen und man wird dabei an das loben gelohene Wort Dr. Quaders erinnern, daß eine wirtschaftlich geregelte Haushaltsführung bei uns die Dauer so lange unmöglich sein wird wie untragbare Tributlasten auf uns drücken. Natürlichermaßen müssen wir, solange diese noch bestehen, alles tun, was in unserer Macht liegt, um unter Haus in Ordnung zu bringen. Wie schwer das freilich trotz allen guten Willens ist, dafür gibt die Entwicklung unserer letzten Etats ein nur zu deutliches Beispiel.

Auch der letzte Etat steht unter dem Zeichen des Defizits. Das Reich hat in dem am 31. März abgelaufenen Haushaltsjahr gegenüber einem Voranschlag von 12 265,6 Millionen RM nur 9024,9 Millionen RM eingenommen, so daß eine Mindereinnahme von 1240,7 Millionen RM zu verzeichnen war. Von dieser Mindereinnahme entfielen 810,5 Millionen RM auf die Besitz- und Berufssteuern und 430,2 Millionen RM auf die Zölle und die Verbrauchssteuern. Mit einem Einnahmehausfall in dieser Höhe hat das Reichsfinanzministerium nicht gerechnet: es schätzte nach Mitte März den Gesamteinnahmehausfall nur auf 1040 bis 1060 Millionen RM ein, nachdem sich im November 1930 die Schätzung auf nur 900 Millionen RM belaufen hatte. Zu diesem Fehlbetrag im ordentlichen Haushalt kommt noch derjenige des außerordentlichen Haushalts, der auf 200 Millionen RM zu schätzen ist. So ist insgesamt ein Betrag von rund 1450 Millionen RM ergibt. Ende Februar 1931 betrug die schwebende Schuld rund 1580 Millionen RM. In diesem Betrag war der Haushaltsfehlbetrag nur mit 885 Millionen RM (anstatt des endgültigen Betrages von 1240,7 Millionen RM) eingelegt, so daß ein Gesamteinnahmehausfall in Form der schwebenden Schuld mit rund 2 Milliarden RM auf das neue Haushaltsjahr übernommen werden muß. Zu berücksichtigen ist hierbei, daß im vergangenen Haushaltsjahr 200 Millionen RM an nichtverbreiterten Einnahmen eingegangen sind, und daß rund 1350 Millionen RM durch Schuldenaufnahme gedeckt wurden. Da Möglichkeiten dieser Art künftig nicht bestehen, muß dieser Betrag bei Beurteilung der Aussichten für das kommende Finanzjahr mit berücksichtigt werden. Erwähnt sei schließlich noch, daß am 1. Oktober 1930 rund 620 Millionen RM Steuerrückstände vorhanden waren. Es ist anzunehmen, daß dieser Betrag zu einem erheblichen Teil nicht einziehbar sein wird.

St dieses Bild schon trübe, so wird es noch trüber, wenn man bedenkt, daß in den jetzt abgelaufenen Haushaltsjahr der erste Hälfte, d. h. die Zeit vom April bis September 1930, gegenüber den jetzigen Zuständen noch verhältnismäßig günstig war. Anweisungen sind sowohl die Einnahme- wie auch die Ausgabebeile des Etats von der abfindenden Konjunktur in immer stärkerer Weise beeinflusst worden. Es ist deshalb ausgeschlossen, daß der für das laufende Haushaltsjahr festgesetzte Voranschlag von 12 265 Millionen RM eingehalten wird; es ist sogar anzunehmen, daß im jetzigen Haushaltsjahr nicht einmal die Einnahmen des vorigen erreicht werden, während gleichzeitig eine nicht unerhebliche Steigerung der Ausgaben eintreten dürfte. Während nur einigen Wochen der Fehlbetrag für das laufende Jahr noch auf 600 Millionen RM geschätzt wurde, rechnen unterrichtete Kreise jetzt bereits mit einer Fehlbetragsmöglichkeit von einer runden Milliarde im Reichsetat. Dazu kämen dann noch die Fehlbeträge bei Ländern und Kommunen, die allein bei den Gemeinden am 31. März 1931 auf rund 600 Millionen RM zu schätzen waren, ein Betrag, der sich im Laufe dieses Jahres sicher auf 1 Milliarde erhöhen wird. Rechnet man dazu noch die Fehlbeträge aus der Arbeitslosenversicherung, der Invalidenversicherung und der Knappschaft, die zusammen gleichfalls rund 1 Milliarde betragen werden, so runder sich das Bild ab.

Wie dieses Defizit, das hier natürlich nur in großen Zügen erredet werden kann, abgedehnt, und wie die Finanznot zu beheben ist, darüber schreiben zurzeit natürlich Erdmanns. So erhält sich trotz mehrfacher Dements borti-

ndung das Gerücht von einer neuen Kürzung der Beamtengehälter, über deren Unpopulartät kein Wort zu verlieren ist. Angesichts der gemauerten Entwicklung wird man wohl von selbst dazu geneigt sein, auch auf dem Gebiet der Sozialtats erhebliche Einsparungen vorzunehmen. Hoffentlich steht der von der Regierung Brüning mehr als einmal proklamierte Grundsatz „Keine Steuererhöhungen mehr!“ nach so vielen trüben Erfahrungen nunmehr endgültig fest. Es ist keine Frage mehr, daß der Etat ohne Steuererhöhungen in Ordnung gebracht werden muß; die Frage ist nur, wie das geschehen kann.

## Vor grundsätzlichen Entscheidungen.

Die Wirtschafts- und Finanzpolitik der Reichsregierung  
Berlin, 5. Mai.

Bei den Beratungen des Reichskabinetts: stehen gegenwärtig die Finanz- und sozialpolitischen Fragen im Vordergrund. Die Besprechungen drehen sich in erster Linie um die Deutung der Fehlbeträge im Reichshaushalt und um die Sicherung und Sicherung der Arbeitslosenfürsorge, der Reichsfinanzpolitik usw.

Wie in politischen Kreisen verlautet, hat der Reichsfinanzminister bereits eine Reihe von Spar- und Reformvorstellungen ausgearbeitet und andere bereitgestellten Stellen zur Prüfung vorgelegt. Die endgültige Entscheidung dürfte doch erst fallen, wenn das Kabinett sich über die Grundzüge klar geworden ist nach denen seine Politik jetzt weitergeführt werden muß.

Wie man weiß, haben die einzelnen Minister bei der Wiederaufnahme der Kabinettsarbeiten nach der Osterpause zunächst darüber berichtet, wie sich die Lage auf ihrem Spezialgebiet im Vergleich verändert hat. Es ist nur logisch, daß das Kabinett prüft, ob diese Entwicklung Veranlassung gibt, grundsätzliche Entscheidungen zu treffen. Das geschieht sich, d. h. auf die Frage

ob die Senkungspolitik fortgesetzt oder nur zum Abschlus gedacht werden soll, um vor dem Reichstag im nächsten Monat abgelehnt zu werden. Es geht nicht, eine solche grundsätzliche Frage Klarheit geschaffen ist, wird sich bestimmen lassen, in welcher Art die Deutung zu erfolgen hat. In politischen Kreisen nimmt man an, daß diese Klärung verhältnismäßig bald herbeigeführt wird.

## Anfragen im Preussischen Landtag.

Ministerpräsident Braun über die Auslagenerweiterung.  
Berlin, 5. Mai.

Im Preussischen Landtag, der die zweite Beratung des Haushalts des Staatsministeriums und des Ministerpräsidenten begann, beantwortete Ministerpräsident Braun eine Reihe großer Anfragen.

Die Erweiterung der Auslagenerweiterung für Staatsminister vor dem Volksbegehren-Untersuchungsausschuss des Preussischen Landtages, die von der Deutschen Volkspartei zum Gegenstand einer großen Anfrage gemacht worden war, beantwortete der Ministerpräsident damit, daß die Genehmigung zur Auslagerung der Staatsminister in Verbindung mit der Verlegung im vorliegenden Falle nur verlag werden dürfte, wenn die Ablegung des Zeugnisses dem Wohle des Reiches oder eines deutschen Landes Nachteile bereiten würde. Werde aber, weil letzteres der Fall sei, die Auslagenerweiterung verlag, so könnten naturgemäß die dafür maßgebenden Gründe nicht bekanntgegeben werden, da dadurch der Zweck der Auslagenerweiterung illusorisch gemacht würde.

Auf die deutschnationale Anfrage über die Einbeziehung des Stettiner Hafens und seines Wirtschaftsgebietes in die Frachtenentlastungsaktion der Ostsee erwiderte der Ministerpräsident, daß die Staatsregierung bemüht sein werde, der Stadt Stettin Erleichterungen durch Entlastung zu verschaffen.

Zu einer großen Anfrage der Deutschen Fraktion, die der Staatsregierung Gedächtnis der Ostseeentlastung vorwirft, erklärte der Ministerpräsident, daß die preussische Regierung sich nicht an der Verabschiedung des Ostseegesetzes mitgearbeitet habe. Wenn von einer Verzögerung der Verabschiedung der Ostsee durch ihren Gesandten gesprochen werden könne, so seien daran die Parteien schuld, die im Reichstag der Reichsregierung die Gedächtnis vorlegten.

Zum Schluß äußerte sich Ministerpräsident Braun zu der deutschnationalen Anfrage, die Bezug nimmt auf Vorwürfe des Baderreifevors Landmann gegen Staatsminister Dr. Weismann im Zusammenhang mit seinem Verhalten im Falle Scharz. Er erklärte, daß Staatssekretär Weismann bereits im Oktober 1925 zu dieser Angelegenheit im Landtag eine Erklärung abgegeben habe.

## Braun über das Volksbegehren.

Der Ministerpräsident vor dem Pr. Landtag.  
Der Ministerpräsident Braun, der die allgemeine Aussprache zur zweiten Lesung des Haushalts des Staatsministeriums und des Ministerpräsidenten vorlegte, ging Ministerpräsident Braun auf die Ausführungen der Redner

vom Vortage ein. Er erklärte u. a., das M und D der gesamten Reichspolitik scheine zu sein: Wie trennen wir das Zentrum von der Sozialdemokratie? Er wandte sich dann der Notverordnung zu und erklärte, wenn bei ihrer Anwendung in den ersten Tagen Mißgriffe vorgekommen seien, so sei das beklagenswert. Berechtigten Beschwerden sei aber Gehörsam worden.

Unter dem Widerspruch der Rechten erklärte der Ministerpräsident, es sei falsch, wenn man behaupte, die Notverordnung habe die sachliche Werbung für das Volksbegehren gemindert.

Er habe füglich darauf hingewiesen, daß der Stahlheim, der sich heute als unerschütterlicher Feind des jetzigen Regimes in der Öffentlichkeit zeige, zur Zeit seiner Entlassung stramm republikanisch gewesen sei. Bei diesen Worten des Ministerpräsidenten wurde auf den Vänten der Rechten Lachen und Widerpruch laut.

Der Ministerpräsident hielt ferner der Deutschen Volkspartei vor, daß ein Teil der Volksbegehler zur Deutschen Volkspartei offenbar kein rechtes Vertrauen habe. Der Erfolg des Volksbegehrens, so fuhr Braun fort, sei zum größten Teil durch die Ausnutzung wirtschaftlicher Übermacht über abhängige Leute erzielt worden. Was auf diesem Gebiete in den ostelbischen Bezirken geschehen ist, gehe über den Terror der Parteiführer hinaus. Es sei möglich, daß sich eine gewisse Gemehr als Antwort auf den Terror von anderer Seite geltend gemacht habe. Bei den Landtagswahlen werde darüber entschieden werden, ob das neue Regime in Preußen in der ruhigen kontinuierlichen Weise weiter die Aufarbeitung fortsetzen könne oder ob die Rätepolitik komme, die der Rechten vorzuziehen sei.

Die Ausführungen des Ministerpräsidenten wurden oft von Zwischenrufen auf der Rechten unterbrochen, während die Regierungsparteien dem Ministerpräsidenten Beifall gollten.

Sozialdemokratischer Antrag.  
Die Sozialdemokraten haben im Preussischen Landtag unter Bezugnahme auf die Brotpreiserhöhung in Berlin beantragt:

1. das Staatsministerium zu ersuchen, durch den Reichstag und auch auf dem Verhandlungswege auf die Reichsregierung einzuwirken, daß die letzte Brotpreiserhöhung in Berlin und anderen Orten sofort rückgängig gemacht wird;
2. das Staatsministerium zu ersuchen, diesen Befehl der Berliner Bäckereinigung als im Widerspruch mit der Kartellgesetzgebung stehend im Verwaltungswege aufzuheben.

## Der soziale Gesamtaufwand.

7,5 Milliarden RM im Jahre 1930.  
Berlin, 6. Mai.

Aus einer Aufstellung über den Aufwand der Sozialversicherung ergibt sich, daß aus dem Beiträgen für die Krankenversicherung aufgebracht wurden 2,1 Milliarden RM, für die Unfallversicherung 430 Millionen, für die Invalidenversicherung 985 Millionen, für die Angestelltenversicherung 382 Millionen und für die Knappschaftsversicherung 147 Millionen RM. Dazu kommen noch 18 Millionen Reichshilfe für die Krankenversicherung, 445 Millionen für die Invalidenversicherung und 30 Millionen RM für die Knappschaftsversicherung.

Der Gesamtaufwand hat also im Jahre 1930 betragen 4 837 000 000 RM gegenüber 1 371 200 000 RM im Jahre 1913. Dazu kommen noch rund 3 Milliarden RM Arbeitslosenversicherung. Der gesamte Sozialversicherungsaufwand hat demnach im letzten Jahre 7,5 Milliarden RM betragen.

## Gegen die Erwerbslosennot.

Die Vorbereitung des freiwilligen Arbeitsdienstes.  
Berlin, 6. Mai.

In der Reichstagskanzlei fand eine ausführliche Aussprache zwischen den interessierten Verbänden über den freiwilligen Arbeitsdienst statt. Den Vorsitz führte Reichsminister Treuhand, der die Verhandlungen mit längeren Darlegungen darüber eröffnete, wie sich auf Grund der vorbereitenden Besprechungen zwischen den Reichsressorts und innerhalb der Brauns-Kommission nach seiner Ansicht ein freiwilliger Arbeitsdienst mit Unterstützung des Reiches entwickeln lasse. Es betraf die Hoffnung, von der Reichsregierung ein Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung einen Kapitalbeitrag von etwa 2 RM für eine bestimmte Frist zu erhalten.

In der Aussprache verpflichteten alle beteiligten Organisationen mit gewissen Abwechslungen in Einzelfragen, und, soweit es sich um politisch orientierte Verbände handelt, unter gewissen Vorbehalten in Bezug auf Organisation, arbeitsrechtlichen Aufbau usw. dem Grundgedanken des freiwilligen Arbeitsdienstes bei. Die von dem Minister aufgeworfene Frage, ob eine ausreichende Zahl von Freiwilligen für unter den in Aussicht genommenen Bedingungen werden würde, wurde allerorts bejaht. Auch die weitere Frage, ob ausreichende Arbeiten vorhanden seien, wurde bejaht.

Die Bepredungen über die Vorbereitung des freiwilligen Arbeitsdienstes werden nach dieser vorbereitenden Aussprache in der alternativen Zeit fortgesetzt werden. Die nächste Sitzung wird unter dem Vorsitz des Reichsarbeitsministers Dr. Gernbach stattfinden, sobald die Vorkommission für Gutachten über den freiwilligen Arbeitsdienst erstattet hat.

## Bauernnot - Volksnot.

Die Forderungen der rheinischen Landwirtschaft.

Köln, 6. Mai.

Der Vorstand der Vereinigung des rheinischen Bauernvereins und rheinischen Landvolkes fasste eine Entschliessung, in der es u. a. heißt, daß er mit Befürchtung und tiefer Enttäuschung von den agrarpolitischen Beschlüssen des Reichstages Kenntnis genommen habe. Die bisherige und derzeitige deutsche Wirtschaft-, handels und Finanzpolitik führe gradlinig zum Untergang des Bauernlandes, aber auch zum Zusammenbruch der übrigen volkswirtschaftlichen Produktionskräfte und als unausbleibliche Folge zum volkswirtschaftlichen Chaos.

Als letzte Ursache dieser immer mehr deutlich sichtbaren Entwicklung erkennt der Bauernrat neben der Drohseligkeit der Landwirtschaft die ungedrungen und unerträglichen Tributlasten, die unverantwortliche Zufuhrung der öffentlichen Verwaltung sowie das Fortbestehen vieler überhöhter Arbeiterlöhne, Beamtengehälter und Handwerkerpreise über die allgemeine Feuerung hinaus. Es werden sodann zum Schluß folgende Forderungen aufgestellt:

1. Zusammenfassung aller Kräfte der Nation, um die unerträglichen Tributlasten abzuheben. Sofortige Aufhebung der Kriegsschuldenfrage als Grundlage der Tributverträge;

2. rigorose Einschränkung der öffentlichen Verwaltung und Ausgaben-Wirtschaft;

3. wesentliche Senkung des Zinsfußes und der Zwischenhandelsgewinne sowie Anpassung aller überhöhten Standeslöhne, Gehälter und Handwerkerpreise an die dem Lebenshaltungszustand entsprechenden Höhe;

4. beschleunigte Angleichung des Agrarzins an die sonstigen Zinssätze, insbesondere auch durch Senkung der Produktionskosten, Industriepreise, Löhne und Steuern.

## Die Brotpreiserhöhung.

Reichsregierung und Berliner Bäder.

Berlin, 5. Mai.

Zu der vom Berliner Bädereigewerbe beschlossenen neuen Preiserhöhung wird vom Reichsarbeitsministerium darauf hingewiesen, daß die Preispolitik seit der letzten Preiserhöhung nicht getroffen worden, aus welchen Gründen die jegliche Erhöhung völlig unverhältnißlos sei. Was die Gegenmaßnahmen angeht, so ist bereits die beschleunigte Aufhebung des Brotgesetzes angeordnet worden. Weiter ist vorgesehen, die Begrenzung der Ausmahlungsquote überhaupt zu beseitigen. Hieron verspricht man sich eine Preisermäßigung um 1 bis 2 Pfennig für das Kilogramm Brot (Die Bäder hatten den bereits erhobten Brotpreis nach dem amtlichen Anfindeung dieser Maßnahmen bekanntlich sofort erneut heraufgesetzt). Ferner sollen die Restbestände der staatlichen Roggenzulassungen eingeleitet werden.

Im übrigen wird darauf hingewiesen, daß es auch jetzt noch in Berlin Brotprohibitoren gebe, die nach weitaus nicht unterliegen. Die Begrenzung der Ausmahlungsquote über Haupt zu beseitigen. Hieron verspricht man sich eine Preisermäßigung um 1 bis 2 Pfennig für das Kilogramm Brot (Die Bäder hatten den bereits erhobten Brotpreis nach dem amtlichen Anfindeung dieser Maßnahmen bekanntlich sofort erneut heraufgesetzt). Ferner sollen die Restbestände der staatlichen Roggenzulassungen eingeleitet werden.

## Dringung für sofortige Gegenmaßnahmen.

In der Bepredung zwischen Reichstanzler Dr. Brüning und dem Vorsitzenden der Reichsagrarkommission der Staatspartei Dr. August Weber wurde die Agrarfrage eingehend behandelt. Der Reichstanzler wies nachdrücklich darauf hin, daß ihn

eine Brotpreiserhöhung untragbar erschein und hiergegen sofort mit einschneidenden Maßnahmen vorgegangen werden müsse. Der Reichstanzler ließ keinen Zweifel darüber, daß die Preissteigerung entgegen der Absicht sei, der Brotpreiserhöhung entgegen zu wirken.

## „Rettet die Ehre!“

Ein Appell an das Volksgewissen.

Bremen, 6. Mai.

Die Zentralkomitee des Volksbundes „Rettet die Ehre“ in Bremen übermittelte allen ausländischen Regierungen dem Reichspräsidenten, dem Reichstanzler, dem Reichsaussenminister und den deutschen Botschaftern in London und englischer Sprache abgefaßte Eingabe mit einer Fülle amtlichen und außeramtlichen Materials, die feststellt, daß die Behauptung des Artikels 231 des Versailler Vertrages von einer Kleinigkeit Deutschlands am Weltfriede der Tatsachen der Geschichte nicht entspricht. Es wird daher die Beseitigung dieses Artikels gefordert.

Bereits jetzt hat, wie der Volksbund bemerkt, die Mehrzahl der Staaten, deren Vorkämpfer und Gefährten die Eingabe überreicht worden ist, ihre Freundschaft bei Dankbarkeit an den zukünftigen Vorkämpfer zugesagt. Man dürfe daher hoffen, daß der hier vom Volksbund „Rettet die Ehre“ in jahrzehntelanger aufopferungsvoller Kleinarbeit zusammengetragene, dokumentarisch belegte Appell an das Gewissen der Völker einen Widerhall finden werde, der das Werk des Bundes fröhlich und die Würde der Welt mehr als bisher und erneut auf die deutsche Rot lenke.

## Zollunion und Kleine Entente.

Die deutschen Handelsvertragsverhandlungen mit Bulgare.

Die rumänische Regierung steht unter einem starken Druck. Frankreich und die Tschechoslowakei wirken zusammen, um in Bulgare gegen den deutsch-rumänischen Plan Stimmung zu machen, und man hat leider den Eindruck, daß diese Agitation ihre Wirkung tut.

Die begründete Darstellung, die das offiziöse tschechische Pressebüro über den bisherigen Verlauf der in Bulgare tagenden Konferenz der Kleinen Entente veröffentlicht, übertrifft zwar sicherlich das Maß des Einvernehmens, das zwischen der Tschechoslowakei, Jugoslawien und Rumänien bei dieser Gelegenheit erzielt worden ist, und wenn man die Tische der drei Außenminister bei dem offiziellen Selbstamt der Konferenz zum Vergleich heranzieht, so kann man feststellen, daß diese vorantretenden Vertreter der Außenpolitik der drei Staaten sich bei allem Wunsch, das Gelingen der Verbündeten heranzuführen, doch bedeutend zurückhaltender geäußert haben. Sie haben zwar die Gemeinsamkeit der vor ihnen liegenden Aufgaben betont, aber von einer Bindung über die gemeinsame Lösung war doch wohl nicht in der Art die Rede, daß die Träger Darstellung eines „vollen Einvernehmens über die weiteren Maßnahmen“ gerechtfertigt wäre.

Daß gerade von Prag aus diese Darstellung verbreitet wird, ist nur ein neues Zeugnis für den besonderen Eifer, mit dem der tschechoslowakische Außenminister Beneš am Werk ist, gegen den deutsch-rumänischen Zollplan zu arbeiten und, wie es ihm immer mehr gelang, gestützt von französischer Stimmung gegen einen Anschlag Rumäniens an die geplante Zollunion zu machen.

Ein besonders fühlbares Zeichen für diese Entwicklung ist die Art, wie die rumänische Regierung die Wiederaufnahme der Handelsvertragsverhandlungen mit Deutschland fallen gelassen hat. Die deutsche Delegation war bereits unterwegs, als von Bulgare der Wunsch geäußert wurde, die Verhandlungen zu verschieben, kurz begründet mit dem Hinweis auf die Konferenz der Kleinen Entente und auf die eben erst vollzogene Umbildung der rumänischen Regierung.

Deutschland hat, um die Handelsvertragsverhandlungen wieder in Gang zu bringen, so viel guten Willen bewiesen, daß es eine andere Haltung der rumänischen Regierung erwarten konnte und daß es mit Recht hinter diesem Vorgehen Einflüsse aus dem gegnerischen Lager vermutet.

Die deutsche Delegation ist ungekehrt, und man hat die Bulgare Regierung wissen lassen, daß Berlin nun auf eine weitere Initiative verzichte und es der rumänischen Regierung überlassen müsse, darüber zu entscheiden, wann und wie sie die Verhandlungen mit Deutschland wieder in Gang zu bringen gedenke. Diese Haltung der Reichsregie-

rung wird ebensowohl der vollen Zustimmung aller politischen und wirtschaftlichen Kreise in Deutschland genügt sein dürfen, wie man das Vorgehen Rumäniens mit starkem Befremden zur Kenntnis genommen hat.

## Hoover über die Abrüstung.

Die Tagung der Internationalen Handelskammer eröffnet

Washington, 5. Mai.

In der Washingtoner Versammlung wurde die sechsundzwanzigste Tagung der Internationalen Handelskammer feierlich eröffnet. Nach einer Begründung durch den Vorsitzenden der amerikanischen Gruppe, Elias Strann, ergriß

## Präsident Hoover

das Wort zu einer kurzen, jedoch politisch sehr bedeutsamen Rede. Er erklärte, die gegenwärtige Weltdepression sei ein schlagender Beweis für die gegenseitige wirtschaftliche Abhängigkeit aller Länder. Selbst die Vereinigten Staaten die wirtschaftlich unabhängiger als irgendein anderes Land seien, seien ermäßig von der Wirtschaftskrise in Mitleidenschaft gezogen. Hoover wandte sich dann

zu der Abrüstungsfrage und erklärte: „Ich möchte mit ganz besonderem Nachdruck auf ein Erbgut des Krieges verweisen, worin durch internationale Zusammenarbeit eine große Leistung vollbracht werden kann, um die Steuerburde in der Welt zu vermindern, die Hauptursache der Unruhe zu beseitigen und größeren Vertrauen für die weitere Zukunft zu schaffen.“

Das ist die Begrenzung und Herabsetzung der Rüstungen.“

Die Welt geht jährlich nahezu 5 Milliarden Dollar (über 20 Milliarden Mark) für Rüstungen aus, 70 v. H. mehr als vor dem Krieg. 5½ Millionen Menschen hängen im aktiven Heeresdienst, während die Reserve 20 Millionen Mann betragen.

Obwohl zwölf Jahre seit Unterzeichnung des Waffenstillstandes verstrichen sind, seien diese ungeheuren Kräfte noch nicht beseitigt, weil die Völker durch vorerlebene Kämpfe nicht unfähig seien, in der Abrüstungsfrage zusammenzutreten.

Gleichwohl sei der Selbstglaube ein Abkommen, das die Landesverteidigung mit weit geringeren militärischen Kräften sicherstellen könnte. Das internationale Vertrauen könne nicht auf sich warten lassen, sondern müsse auf dem guten Willen der Völker aufgebaut werden.

Nichts ist wichtiger und notwendiger für die wirtschaftliche Genesung der Welt als ein erfolgreiches Ergebnis der bevorstehenden Abrüstungskonferenz. Die Vereinigten Staaten seien jedoch an der Landesabrüstung weniger interessiert als die amerikanischen Kandidatenländer, als die alle anderen Mächte herabgelassen seien. Zum Schluß erklärte Präsident Hoover: „Wir haben ein großes indirektes Interesse daran, daß Frieden, Ordnung und der wirtschaftliche Wohlstand der anderen Völker besser gewährleistet sind.“

Am Anschluß an Hoovers Rede sprach der zurückretende Präsident der Internationalen Handelskammer, der ehemalige belgische Ministerpräsident T h e u n i s, über die Weltwirtschaftslage. Er lautierte vorwiegend optimistische Ansichten und Optimismus und erklärte, niemand könne länger so lange der Weltkrise noch andauern werden.

Die normalen Schwierigkeiten der Stagnationsperiode stehen jedoch die Schlussfolgerung zu, daß es klug wäre, die Schwierigkeiten mit gewöhnlichen wirtschaftlichen Mitteln zu bekämpfen und nicht zu verlangen, daß „politische Maßnahmen“ zur Unterbrechung privater Interessen herangezogen würden.

Theunis führte eine lange Reihe von Ursachen und Symptomen der Depression an, ohne jedoch auf die Wirkungen der Reparations- und Kriegsschuldenzahlungen einzugehen. Einer der Hauptgründe der Weltwirtschaftskrise liege die von fast allen Ländern eingehaltene Zollpolitik. Eine weitere Ursache der Depression liege die ungleiche Goldverteilung.

## Unruhen in Spanisch-Marokko.

Straßenkämpfe in Tetuan.

London, 6. Mai.

In Spanisch-Marokko ist es zu größeren republikanischen Unruhen gekommen. In Villa Sanjurjo (siehe an vorgangenen Freitag Fremdenlegation, die die Flage der Monarchie durch die Straßen tragen, mit spanischer Infanterie zusammen, die durch Eingeborenen-Truppen verläßt werden. Hierbei soll eine größere Anzahl von Menschen getötet und verletzt worden sein.

## UNSICHTBARE FESSELN

Roman von Jos. Schade-Hädicke.

32. Fortsetzung. (Nachdruck verboten).

Ein paar Minuten vergingen noch beim Wandern und Abschleudern. Maria beteiligte sich an dem Gespräch und wußte doch nicht, was sie sagte, ihre eigene Stimme klang wie aus weiter Ferne kommend an ihr Ohr. Sie bildete es ruhig, daß Werner zum Abschied ihre Hand an seine Lippen zog.

Kaspar Krümmen war auf dem Heimwege selber und angeregt.

„Wißt du müde?“ fragte er endlich, als er von seiner Frau nur kurze, zerstückte Antworten erhielt.

„Ja“, erwiderte sie ruhig, „ich bin das Weintünchen nicht mehr gewöhnt.“

„Aber gut war der Wein“, sagte er, den Gedanken aufgreifend.

„Es war überhaupt sehr hübsch heute Abend. Berners Hand doch eigentlich recht nette Menschen.“

Da er keine Antwort erhielt, verflümmelte er allmählich.

Zu Hause, in dem großen Wohnzimmer mit den einfachen Blumenblättern und den weißen Vorhängen, stand die junge Frau eine Weile wie verblüdet. Wie war sie denn nur hierher gekommen? Was wollte sie denn nur hier?

„Maria“, sagte ihr Gatte leise, zärtlich.

Sie schatzte zusammen. Der Ton erinnerte sie an eine andere Stimme, die heute Abend aus ihrem Namen geäußert hatte, so lebendig, so sinnbelebend.

„Du siehst so müde aus, du solltest schlafen gehen“, sagte er belagend.

Sie nickte. Da sie wollte schlafen, nichts mehr hören und leben, alles vergessen.

Als sie an ihm vorbeiging, schlang er den Arm um sie und zog sie an sich.

„Wie schön du heute abend bist!“ sagte er innig lächelnd. „Mir eine verarmte Krümmen, wie ich zu schön und zu stolz für das einfache Wirtshaus, als gestört zu gar nicht hier.“

„Das solltest du nicht sagen“, erwiderte sie fast heftig und versuchte sich aus seiner Umarmung zu befreien.

Es war nur ein Scherz, flüsterte er innig. „Ich weiß, daß du dich hier glücklich und zufrieden fühlst, und daß die Welt da draußen dich nicht liden kann.“

Die Sonne schien am andern Morgen hell in das Zimmer, als Maria ermodete. Klein-Sänsdens Hand war dem Bett und hielt ein paar Rosen in der Hand.

„Die soll ich Mama geben und Mama wäre ein Langschläfer“, sagte Tante Nise.

Maria lachte und küßte den kleinen Schelm auf die blonden Locken.

„Kauf zu Tante Nise und sag ihr, ich täme in ein paar Minuten.“

Sänsdens trotzte ab und Maria kleidete sich rasch an. Der Erlebnis des geliebten Abends kamen ihr in den Sinn.

Sie, beim hellen Tageslicht, nahm sich das alles ganz anders an. Sie „ugte über sich selbst lächelnd, daß sie seinen einen verarmten Mann, ein unabweisbares Verhängnis über sich zu lächeln. Aber hätte sie nicht doch lieber ihrem Gatten von dem Vormontagen Mitteilung machen sollen? Ach, Unfinn, schalt sie sich selbst aus — wozu denn die Sade lo anzuhalten?“

Ein fröhliches Lachen aus den Rippen, trat sie in das Wohnzimmer, wo der gedachte Kaffeetisch für sie bereitstand. Frau Müller drückte den Kaffee herein, lobend sie Maria kommen hörte.

„Der Herr Fräulein ist bereits fortgegangen“, berichtete sie. „Er wollte aber nicht haben, daß wir die Frau Kaspar vorher wackten.“

„Es ist gut so“, erwiderte die junge Frau freundlich, nahm einen Schluck heißen Kaffee und trat dann zum Fenster.

Aus dem kleinen Gärtchen, das sich seitwärts an das Pfarrhaus angeschlossen, tönte heller Jubel. Nise sagte mit dem

Keinen zwischen den Beeten umher und spielte mit ihm Verstecken, die dicht belaubten Johannisbeersträucher als Deckung benutzend.

Die schwarzen Augen Sänsdens hatten die Mutter schnell am Fenster erpäht und ein paar Augenblicke später betrat er mit Tante Nise, die noch ganz atemlos vom Laufen war, das Zimmer.

„Aber, Nise, wie kannst du nur so unvorsichtig sein, daß du so abgehst“, schalt Frau Maria.

„Sie guck gleichmütig die Nischen und trocknete sich mit einem feinen Batisttüche, das sie aus dem Gürtel zog, die Stirn.“

„Mach lieber, daß du mit deinem Fröstel fertig wirst, damit wir hinauskommen. In dem Keller ist es geradezu eine Glühbirne, im Zimmer zu liegen. Ich habe mich heute aufpassen, aber es war gar kein Abend! Ist genödig.“

„Nies Gedanken wollten schon wieder bei etwas anderem.“

„Ich habe eine Idee“, rief sie plötzlich. „Es ist lo schön, warm und trocken, wir veranstalten ein kleines Fest im Walde heute nachmittags. Wir geben jetzt noch rasch zu Frau Dr. Bertold und fordern sie auf, mitzukommen. Wenn unsere Männer nicht gleich Zeit haben, können sie ja später nachkommen.“

„Das ist wirklich eine gute Idee“, sagte Maria lebhaft.

Sie hatte ihr Fröstelchen beendet und die beiden Damen machten sich auf den Weg; Sänsdens sprang ausgelassen um sie herum.

Frau Dr. Bertold stimmte dem Plane freudig zu. Sie und Nise schienen Gellanten aneinander zu finden. Der Doktor kam gerade von seinem Badenteubade zurück und begrüßte die Damen. Er konnte sie nur ganz flüchtig, war aber bald in ein lustiges Wortgeplätz mit ihr verwickelt.

(Fortsetzung folgt.)

Die Fremdenlegation mußten sich schließlich in ihre Realen zurückziehen. Als die Nachricht hieron nach Dor Riffen, der Hauptgarnison der Fremdenlegation, gelangte, wurde auch dort die alte Fregate befehligt. Auf Befehl des Oberkommandanten marschierten dann ein Eingeborenen-Regiment und drei spanische Kompanien von Ceuta nach Dor Riffen ab, das umzingelt wurde. Später trafen Verbarungen ein, worauf sich die Legation nach kurzem Kampf ergab. Diese Vorgänge haben unter den Eingeborenen von Teban Unruhe ausgelöst. Am Montag wurde der Generalkommando befohlen, alle Wäben wurden geschlossen. Etwa 3000 Gefangene verlangten die gleiche Behandlung wie die spanischen Arbeiter, die sich in Teban auf Arbeit für arbeitslose Eingeborene, Einbürgerung der marokkanischen Juden usw.

Der Oberkommandant empfing zwar eine Abordnung, anließ sie aber, noch ehe sie ihre Anliegen ausgeprochen hatte. Die Demonstrationen vertrieben hierauf die Fenster der Anwesenheit des Oberkommandanten und plünderten die europäischen Wäben. Gegen sie eingeleitete Eingeborenen-Kommission mußte durch Infanterie und Maschinengewehr-Abteilungen verdrängt werden.

### Kampf gegen die Religion.

Der Zentralrat der Gottlosen tagt.

Moskau, 6. Mai.

In Moskau wurde der Zentralrat des Verbandes der Gottlosen eröffnet. Auf der Tagesordnung stehen folgende Punkte: 1. Erweiterung der Gottlosen-Bewegung; 2. Erziehung der Jugend in antireligiösem Sinne; 3. Einberufung der Internationalen der Gottlosen in Moskau.

Die Tagung des Zentralrates soll für den entscheidenden Kampf gegen die Religionen und Kirchen die Grundlagen festlegen. An der Tagung des Zentralrates nehmen Vertreter der parallelen freireligiösen-Organisationen Deutschlands, der UdSSR, Frankreichs und Italiens teil.

### Deutsche Tageschau.

Vor fortgesetzten Regierungsmassnahmen gegen die Profiteure.

Von zutändiger Seite wird mit allem Nachdruck überhöht, daß die Reichsregierung alles unternommen werde, um dafür zu sorgen, daß der Bekämpfer des Profits wieder auf 46 Prozent gekürzt werde. Es ist wahrscheinlich umgehend mit einer Mitteilung zu rechnen, die Voraussetzungen enthält, auf Grund deren es möglich sein wird, den Profits wieder auf den alten Stand zu bringen.

### Die deutsche Kriegsflotte im Kiel.

Die dem Flottenverband angehörenden vier U-Boote, "Schlesien", "Schleswig-Holstein", "Hannover" und "Sachsen" sowie die Kreuzer "Königsberg" und "Albatros" sowie sechs Torpedoboots-torpedoschliffe haben nach Beendigung der Seemannsferien den Flottenverband im Rahmen der planmäßigen Ausbildung in der Ostsee abgegeben und sind dann am 30. April in den Kielhafen eingelaufen. Von hier aus machen die Schiffe ihre Frühjahrsfahrten. Da auch der nicht dem Flottenverband angehörende Kreuzer "Karlshof" seit einiger Zeit im Kielhafen liegt, befinden sich am Ende der Woche alle zurzeit in der Heimat im Dienst befindlichen Kriegsschiffe im Kielhafen. Besondere Aufmerksamkeit erregt der Neubau "Graf von Helldorf" (Bauziffer 10), der am 19. Mai in Anwesenheit des Reichspräsidenten vom Stapel laufen soll.

### Die Heeresausgaben der Großmacht.

Die Heeresausgaben für 1930 haben gegenüber denjenigen für 1924 vermindert: England um 10 % und Japan um 1,6 %; dagegen erhöht: Rußland um 184 %, Frankreich um 110 % (einschließlich Luftwaffe), Italien um 36 %, die Vereinigten Staaten um 28 %. Die Zahlen sind nicht völlig vergleichbar, da bei einigen Ländern "inaktive Ausgaben" oder solche für Luftwaffe und Marine einbezogen sind, die bei anderen Ländern nicht im Heereshaushalt aufgeführt werden. Ferner sind Veränderungen der Kaufkraft des Geldes seit 1924 nicht berücksichtigt. Diese ist in England, den Vereinigten Staaten und Japan gestiegen, in Frankreich und Italien gesunken.

### Aus der Heimat und dem Reiche.

Remberg, den 6. Mai 1931.

\* Bei der hiesigen Sparrakste gingen im Monat April 54.724 RM, neue Einlagen in 314 Kassen ein (1930 67.164 RM.); verausgabt wurden 51.665 RM, Einlagen in 208 Kassen (1930 52.800 RM.). Der Gesamteinlagenbestand beträgt 144.773 RM. (1930 123.616 RM.). — Der Umlauf auf Sparkonto wurde mit 298.110 RM. festgelegt (1930 263.133 RM.). — Der Gesamtumsatz befreit sich auf 1.083.134 RM. (1930 1.001.587 RM.). — Die Gesamtumläufe betragen 4.820 (1930 4.450).

\* **Berein, Dübener Heide.** Am vergangenen Sonntag fand im Hotel Palmboom eine erweiterte Vorstandssitzung des Hauptvereins statt, die von den Ortsgruppen Düben, Schmiedeberg, Priesitz, Sölligau, Jenzitz und Gräfenhainichen besichtigt war. Die Beratungen ergaben die Notwendigkeit der Neuwahl des engeren Vorstandes. Gerügt wurde ganz besonders von der hiesigen Ortsgruppe das eigenmächtige Vorgehen der Ortsgruppe Gräfenhainichen bei der Begrenzung, wodurch es den anderen Ortsgruppen unmöglich gemacht wurde, die Wegebezeichnung in der vorgezeichneten Weise durchzuführen. Zur Neuwahl des engeren Vorstandes findet am 17. Mai, nachmittags 2 Uhr in der Weintraube eine Vertreterversammlung statt.

\* **Wiedereröffnung.** Nächsten Sonntag wird der Gießhammer unter der Verwaltung des früheren Kronprinzen von Dänemark wieder als Gießwerkstatt eröffnet. Wie der neue Wirt dazu mittel, findet jeden Sonntag Unterhaltungs- und Tanzmusik statt. Auch soll am 3. Pfingstfreitag nach früherem Brauch erstmalig wieder ein Waldkonzert (Kapelle Reichmann) veranstaltet werden.

\* **Gegen zu hohe Gehälter.** Der Soziale Ausschuß einer Berliner Kreisgruppe fordert in einer Entschliessung, daß die ganz ungerechtfertigt hohen Spitzengehälter namentlich vieler Stellen an den Banken und in der Industrie sowie überhöhte Ruhegehälter endlich durch den einmütigen Druck der öffentlichen Meinung ganz erheblich herabgesetzt werden. Der Ausschuß begründet ebenso lebhaft die Absicht, ein neues Aktienstatut und Kartellrecht zu schaffen, das die Bilanzverfälscherungen verbietet, Monopolbildungen unterbindet und Handbänder gegen rücksichtslose Dividendenstreichung gibt.

\* **Die Wagnisbeurteilung und Auto-Lotterie bietet** auch in diesem Jahre sehr gute Gewinnchancen. Der Hauptgewinn beträgt bei einem Lospreis von 1.— RM 15.000 RM, aus dem Doppellos von 2.— RM 30.000 RM. Insgesamt gelangen Gewinne im Werte von 60.000 RM zur Verteilung. Sämtliche Gewinne werden auf Wunsch mit 90 % in bar ausbezahlt. Jedes Einzellos enthält gleichviel einen Anrechtsschein von 50 Pf., welcher beim Verkauf der Wagnisbeurteilung im Jahre 1931 in Zahlung genommen wird. Die 1. Ziehung beginnt am 15. Mai. Lose sind in der Buchdruckerei Richard Arnold, Leipziger Straße 64/65 und Markt 3 zu haben.

Gegen den neuen Tod, bald wieder die Freiheit, mo Jung und Alt im Wasser tollt, wo Segel- und Ruderboote in schneller Fahrt die Fluten durchschneiden. Mit all den Freuden, die uns das nasse Element spendet, zieht aber auch ein dunkler Schatten herauf. Ein Unsichtbarer taucht aus der grauenhaften Tiefe herauf und hält sich hier und dort seine Opfer: der nasse Tod! Wer seinen Feinden nicht gewachsen ist, sollte sich vorziehen, sich vorbereiten auf den Kampf mit ihm. Wer nicht schwimmen kann, der überwinde die Wasserfurcher durch die Bequemlichkeit und lerne es. Der Schwimmer trete ein in die Reihen der freiwilligen Helfer unter dem Symbol der deutschen Lebensrettungs-Gesellschaft. Wenn jeder Schwimmer sich die Fähigkeiten eines Rettungschwimmers aneignen würde, könnte vielen taubend Menschen das Leben erettet werden.

\* **Breslau, 2. Mai.** (Im Walde einlagern.) Tot aufgefunden wurde gestern die seit Anfang voriger Woche vermißte Witwe Wilhelmine Schumann aus Glienburg. Die 78 Jahre alte Frau hatte sich, wie schon einmal im Vorjahre, allein auf dem Weg nach Wendenhain zu ihren dort wohnenden Verwandten gemacht. Dabei muß sie die Richtung verfehlt haben, denn ihre Leiche wurde von einem Forstbeamten in dem Breslauer Wald entdeckt. Der Tod ist wahrscheinlich auf Schwäche und Erschöpfung zurückzuführen.

\* **Wien.** (Die Sprache verloren.) Von einem herben Geschick ist der Sprache heutzutage stehende Dramenmacher Boos von hier heimgesucht worden. Er wurde mitten im Monat vom Schlag getroffen und lag längere Zeit ohne Bewußtsein. Ist auch sein Befinden etwas besser, so hat sich aber die verlorenen Sprache bis heute noch nicht wieder eingestellt. Offenbar wird, das mit zunehmender Besserung sich auch diese wieder einstellen möge, damit der alte beliebte Mann auf seine alte Tage noch mit seinen Angehörigen ein Wort reden kann.

\* **Salzweiger.** Am Holzweiger Leberbau ereignete sich infolge der dortigen Schlaglöcher ein schwerer Sturz eines Motorradfahrers. Trotz langwieriger Fahrt wurde dem Fahrer durch die Schlaglöcher der Venter aus den Händen geschlagen, wodurch er das Gleichgewicht verlor und fürzte. Er erlitt schwere Verletzungen am Kopf, Auge und Schlüsselbein. Das Motorrad wurde vollkommen zerstört.

\* **Wörlitz, 4. Mai.** Goarrie eines Kadetes. Ein zu Tal fahrender Kahn wurde infolge des starken Windes gegen das rechte Ufer gedrückt und geriet dabei auf das fählerne Ufer der hiesigen Gänge. Während die Stahltrasse riß, trieben die Tonnen, die das Seil trugen, stromab. Der Steuermann mußte, um einen Zusammenstoß mit der Fährze zu verhindern, sein Fahrzeug im Strom wenden, wobei es mit dem Ufer auf eine Bühne geriet und sich festsetzte. Der wegen der Saatzeit starke Verkehr über die Elbe mußte über die Grentzinger Gänge umgeleitet werden.

\* **Am den Spiritus...** **Verzögerung zum Treibstoff.** Auf Einladung des Wirtschaftsverbandes Mitteldeutschland (Sich Halle) fand am 29. April 1931 in Halle eine Besprechung über die Frage des Spiritusbeimischungsverzögerung zum Treibstoff statt. An dieser Besprechung nahmen Spitzenorganisationen der Landwirtschaft der Industrie, des Verkehrs, der Verbraucher sowie Vertreter der Wissenschaft und Vertreter der Kraftfahrerschaft teil. In dieser Besprechung, in der der ganze Fragenkomplex eingehend erörtert wurde, konnte festgestellt werden, daß es im allgemeinen Interesse dringend erwünscht wäre, wenn sich die beteiligten Kreise über eine zweckmäßige Form der Beteiligung in dieser Frage einigen würden, bei der die berechtigten Interessen der Industrie, der Landwirtschaft und der Verbraucher gewahrt würden. Es wurde der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß der vom Reichsverband der Deutschen Industrie eingeleitete Ausschuß zur Untersuchung der Branntweinwirtschaft unter Hinzuziehung von Vertretern der Landwirtschaft die Grundlagen für eine solche Regelung schaffen werde.

\* **Ministerpräsident Braun zur Preussag-Affäre.** Der preussische Ministerpräsident Dr. Braun erklärte am Montag im Preussischen Landtag zu Anfragen der Sozialdemokraten und der Deutschen Volkspartei über den zwischen U h a l z und der Preussag abgeschlossenen Vertrag wegen der Anhaltischen Salzwerke, die Preussag habe am 1. Oktober 1929 auf Grund eines mit dem anhaltischen Fiskus abgeschlossenen Vertrags die Anhaltischen Salzwerke G. m. b. H. in Leopoldsdorf übernommen. Maßgebend für den Vertragsabschluss seien ausschließlich wirtschaftliche Ge-

richtigkeiten gewesen. Der Generalkontraktant beim Landgericht 1 Berlin habe sich dahin geäußert, daß ihm der Sachverhalt zur Einleitung eines Strafverfahrens keine Anhaltspunkte geboten.

Die Stellung der preussischen Staatsregierung im Reichsrat zur Frage der Reichszulassung der Deutschen Real-Industrie in Dessau sei von staatspolitischen Gesichtspunkten bestimmt worden. Eine Verständigung zwischen der Ausübung staatlicher Hoheitsrechte und den Angelegenheiten der staatsrechtlichen Wirtschaftlichen Gesellschaften habe nicht vorgelegen. Er, der Ministerpräsident, sei nicht bereit, vor dem anhaltischen Gerichtshof oder dessen Kommissar auszusagen.

### Die Spänerklärung gegen den Arbeitgeberverband der Braunkohlenindustrie.

In der Berufungssache des Bergbauindustriearbeiterverbandes gegen den Arbeitgeberverband der Braunkohlenindustrie auf Erstattung von Streikunterstützungsgeldern ist am 1. Mai der Termin für die Verhandlung im Reichsgericht in Dessau festgesetzt worden. Die Verhandlung wird am 2. Mai stattfinden. In der ersten Instanz wurde der Kläger mit seiner Klage mit der Begründung abgewiesen, daß er zur Zahlung der Unterstufungen rechtlich nicht verpflichtet war, er demnach auch keine Entschädigung verlangen könne. Ein Vergleich war zwischen den Parteien wegen der grundsätzlichen Bedeutung des Streitfalles nicht möglich. Die Urteilsveränderung findet am 3. Juni statt.

### Lohnstiefen für das Kranken- und Pflegepersonal.

In dem Lohnstreit zwischen dem Mitteldeutschen Arbeitgeberverband und dem Personal der Kranken-, Heil-, und Pflegeanstalten sowie ähnlicher Einrichtungen ist von der Bezirksratsstelle in Magdeburg ein Schiedsspruch gefällt worden, der rückwirkend ab 1. Mai eine Erhöhung der Löhne um 6,25 Prozent vorschreibt. Die Stellungnahme der Parteien zu diesem Schiedsspruch steht noch aus.

### Bürgerliche gegen Staatskommissar.

\* **Merseburg.** Die Bürgerliche Arbeitsgemeinschaft im Kreisverband des Landkreises Merseburg hat den Vorsitzenden des Kreisverbandes ersucht, den Kreisrat für den 8. Mai dringlich einzuberufen. An der Begründung heißt es, daß der Regierungspräsident die Zwangssetzung ohne vorheriges förmliches Verfahren vor dem Bezirksauschuss angeordnet hat. Es wird daher beantragt, daß der Kreisrat beschließt, gegen die Zwangssetzung Klage beim Oberverwaltungsgericht einzureichen. Ferner soll eine höchstgerichtliche Entscheidung darüber herbeigeführt werden, daß der Staat den Kommunen die von Staats wegen festgesetzten Mehrausgaben zu ersetzen hat. Schließlich soll der Kreisrat beschließen, gegen die vom Staat zwangsweise eingeführten vier Steuern ebenfalls Klage beim OVG zu erheben.

### Schwerer Finanzsturz des Kreises Sangerhausen.

Sangerhausen. Der Kreisrat des Kreises Sangerhausen verabschiedete den Etat für 1931/32. Dieser schließt mit 2.165.700 Mark ab. Er enthält einen ungedeckten Verbindlichkeitsbetrag von rund 455.000 Mark. An Steuerzuführungen werden 47 % zur Bürgerrente erhoben. Eine Entschliessung, die an das Reich und an Preußen gestellt werden soll, fordert schleunige Hilfsmassnahmen für den Kreis Sangerhausen zur Vermeidung des finanziellen Zusammenbruchs.

### Gegen die Politik des Reichsernährungsministers.

Dresden. Die sozialdemokratische Landtagsfraktion fordert in einem Antrag wegen der Brotpreissteigerung die Regierung auf, bei der Reichsregierung sofort schärfsten gegen die Politik des Reichsernährungsministers Schritte zu protestieren und alle Massnahmen ermöglichen abzulehnen, durch welche die breiten Massen gefährdet werden. Auch die Kommunisten protestieren in einem Antrag gegen die Erhöhung des Brotpreises.

\* **Dresden.** Als verurteilt benötigte Oberbürgermeister Dr. Käufel die Anwesenheit des Reichsernährungsministers Dr. Dietrich in Dresden, um mit ihm in mehrfacher Unterredung das immer dringender werdende Problem der Volkshäuferserwerbslosenfürsorge durchzuführen. Gegenstand eingehender Erörterungen war auch die Frage der Brotpreisbildung. Es herrsche Überstimmung, daß einer Brotpreisbildung mit allen Mitteln entgegenzuwirken sei und daß jedenfalls eine Herabsetzung bereits erhöhter Preise erreicht werden müsse.

### Der Landbau für höheren Buttersatz.

Dresden. Der Sächsische Landbund erklärt in einem Telegramm an den Reichspräsidenten und an den Reichsernährungsminister die Verurteilung der Entschliessung über den Buttersatz für unverständlich und habe große Gegenregung verursacht. Durchgreifende landwirtschaftliche Massnahmen seien besonders für die sächsischen bäuerlichen Milchbetriebe eine Lebensfrage. Die sächsische Landwirtschaft fordere als unerhebliche Schutzmaßnahme für ihre Erhaltung die unverzügliche Festsetzung des Buttersatzes auf 100 Mark.

### Feldherren Verbandsrat.

Leipzig. Auf dem Leipziger Hauptbahnhofsvorplatz wurde der 63 Jahre alte Feldherrenrat Georg Ruppel aus Berlin-Steglitz, früher Dresden wohnhaft, von einem Motorradfahrer aus Thelma angefahren. Ruppel erlitt einen Schädelbruch und starb an dessen Folgen wenige Stunden später. Der Motorradfahrer zog sich beim Sturz eine schwere Gehirnerkrankung und Kopfverletzungen zu.

### Malienausbruch Gefangen misglückt.

Rohlf. Am hiesigen Amtsgerichtsgewächshaus überließen drei Gefangene bei der Ausgabe des Abendessens den Gefängnisinspektor, entriessen ihm die Schlüssel und verdundten, die übrigen Zellen auf zu öffnen. Es gelang jedoch

SN 22-123

ALLE WOCHEN IMMER GLEICH GUT KOCHEN

**Lanella** MARGARINE

1/2 tb 35 DIE FEINE PREISWERT WIE KEINE

nur, einem 18jährigen Gefangenen zu entkommen. Auf der Flucht stahl er erst ein Fahrrad und dann ein Motorrad. Die Börner Kriminalpolizei konnte aber seinem Auszug in die Freiheit ein Ende machen, indem sie ihm der Amtsgerichtsgefängnis zuführte.

**Sonneberg.** Er war mit dem Hammer. — Zwei Kommunisten wollten nichts auf einer auf dem Marktplatz stehenden Linde eine Fahne anbringen. Ein Polizeibeamter kam hinzu und nahm einen der Täter fest, um ihn auf die Wache zu bringen. Er hatte nicht bemerkt, daß auf der Linde noch ein Gefangener saß. Richtig flog ihm ein mit großer Wucht geworfener Hammer knapp am Kopf vorbei. Der Beamte konnte den Täter nicht und seinen Helfer nur unter Drohung mit der Schußwaffe festnehmen.

**Badra bei Bad Frankenhausen (Kuffh).** Liebe die in den Tod. — Hier hat sich die 31jährige Witwe Gertrud B. in der Schlafstube des erteilichen Hauses erschossen. Sie konnte den Tod ihres Mannes, der im Januar starb, nicht überwinden und feste daher der Entschluß, sich von ihren beiden Kindern im Alter von fünf und neun Jahren zu trennen und dem geliebten Manne in den Tod zu folgen.

**Erfredende Arbeitslosigkeit im Baugewerbe.** Die Arbeitsmarktlage im Baugewerbe hat sich gegenüber der Vorwoche wiederum nur geringfügig gebessert. Von dem Baugewerbe angehörenden Personen sind rund 73 Prozent ohne Arbeit.

**Schweres Unwetter im Vorhaz.** Ueber dem Hafel, einem Vorgelände des Harzes, ging als Begleiterscheinung eines schweren Gewitters ein furchtbarer Wolkenbruch nieder. Der Schaden ist sehr bedeutend. In der Hauptfalle wurden die Ortschaften Gröningen, Kropfenstedt, Nienhagen und Schneidlingen betroffen. Der Himmel überzog sich weithin mit weißschwarzen Wolken. Bald darauf entlud sich ein schweres Gewitter. Der Regen war so dicht, daß man kaum zehn Meter weit sehen konnte. Durch Gröningen und Kropfenstedt wälzten sich große Schlammlawen und

bedeckten 30 Zentimeter hoch die Straßen, so daß Kraftfahrzeuge steckenblieben. In der Nähe von Gröningen hat sich auf den Weiden ein tiefer See gebildet. Bei Heynburg wurde der Bahndamm der Kleinbahn Gröningen-Schneidlingen von den Wasserfluten unterhöhlt. Es ist bereits Hilfe von Magdeburg angefordert worden, die den Bahndamm wiederherstellen soll.

**Der Dreizehntagekiller ermittelt, aber lässig.** Der Berliner Mordkommission ist es jetzt gelungen, den Mord an dem Gelbbrüderer Schwan aufzuklären. Der Täter hatte bekanntlich am Tatort einen blutbefleckten Kragen zurückgelassen. Durch Befragen der Wäschefirma wurde der Eigentümer dieses Kragens festgestellt, der den Kragen dem 23-jährigen Maurer Ernst Rheims, wohnhaft Mommenstraße 33, gekent hat. Auch eine weitere Spur wies auf Rheims als Täter hin. Rheims war seit längerer Zeit arbeitslos und ohne Geldmittel. Er hatte Bekannten gegenüber geäußert, er werde sich in nächster Zeit Geldmittel verschaffen. In seinem Zimmer wurde ein Kleiderkasten gefunden, wie es ähnlich bei dem Mord Verdandi worden ist. Rheims, der seit dem 2. Mai flüchtig ist, ist 175 Zentimeter groß, dunkelblond und trägt eine Brille.

**Zabrizant unter Mordverdacht.** Ein Gerichtsdiener ermordet. Malchow i. Mecklg., 5. Mai.

Montag nachmittag gegen 6 Uhr wurde der Gerichtsdiener Stäfel auf dem Grundstück des Fabrikanten Jonas ermordet aufgefunden. Inwieweit der Leiche lag ein schwerer Eisenstiel, mit dem der Mord offenbar ausgeführt worden war. Als Täter kommt wahrscheinlich der Fabrikant Jonas in Frage, der flüchtig ist.

Jonas hatte vor einiger Zeit angeblich eine Erfindung gemacht und dafür Geldbette erworben. Bald darauf wurde er unter Betrugsverdacht in Untersuchungshaft genommen. Um den Beweis für seine Behauptungen antreten zu können, wurde Jonas er-

laubt, auf seinem Grundstück Experimente zu machen, die von dem Gerichtsdiener beobachtet werden sollten. Als am Montag weder Jonas noch Stäfel in das Gefängnis zurückkehrten, forschte man nach dem Verbleib der beiden nach und fand Stäfel in dem verfallenen Arbeitsraum ermordet vor. Von Jonas fehlte jede Spur.

Die inwieweit festgestellt werden konnte, ist nachmittags ein Hamburger Automobil von dem Grundstück fortgefahren. Man vermutet daher, daß Jonas von Selbstmord abgesehen und in dem Auto geflüchtet ist.

Der Mörder und Hochstapler Jonas ins Ausland geflüchtet. Zu dem Mordverbrechen des Hochstaplers Jonas an dem 70jährigen Justizratsmeister A. D. Wäfer wird gemeldet, daß es der Polizei nicht gelungen ist, den Verbrecher auf seiner Flucht aus deutschem Boden zu fassen. Es ist ihm gelungen, auf einer Motorboot die offene See zu gewinnen. — Unter dem Verdacht der Missetatheit an dem Flugplan und dem Mordverbrechen des Jonas ist der Inhaber einer Hamburger Exportfirma, der Kaufmann Wotan von der ... Polizei verhaftet worden.

**Alle Achtung...** Es macht der deutschen Hausfrau alle Ehre, daß sie das wirklich Gute und Preiswerte mit unfehlbarer Sicherheit erkennt, denn das ist gar nicht so leicht. Von allen Seiten drängen die Anknüpfungen drüber auf sie ein: Preisbillig, unerbötige Willigkeit, noch nie dagewesene niedrige Preise. Daß die moderne Frau sich aber kein Z für ein ll vorzuziehen läßt und neben Preisbilligkeit auch auf Qualität sieht, hat der angegebene Erfolg der neuen Margarine Sanella gezeigt. Jeder Hausfrau ist binnen kurzen Sanella wohlvertraut geworden, da sie nicht nur getreulich im Preise ist, sondern selbst die Ansprüche des veredeltesten Geschmackes erfüllt.

**Kirchliche Nachrichten.** Freitag, den 8. Mai, abends 8 Uhr Bibelstunde im Archidiatonat. Zu zahlreichem Besuch ladet dergleichen Pfarrer Ahnus.

**Brennholz-Verkauf**

der **Oberförsterei Tornau** bei Düben an der Mulde am **13. Mai** ab **10 Uhr** im „**Seibetung**“ in **Tornau Grenzhaus.** Jag. 96a, 110, 133e, 146d, Tot. Hauptn. 125e, 126a, 131Aa, 139b, Gt: 50 Kilo, 34 Kilo, 2 Bruch, 25 Reis 1, Bu: 50 Kilo, 10 Kilo, 22 Reis 1, Wbu: 20 Kilo, 12 Kilo, Vir: 3 Kilo, Kie: 4 Kilo, 40 Kilo, 13 Bruch, 30 Reis 1  
**Lutherstein.** Jag. 73d, 83b, 86e, 99b, 115c Gt: 4 Kilo, 10 Kilo, 60 Kilo, 1 Bu: 4 Kilo, 1 Reis 1, Vir: 3 Kilo, 12 Kilo, Alp. 1 Kilo, 3 Kilo, Kie: 1 Kilo, 25 Kilo, 57 Reilig 1  
**Tornau-Nord.** Jag. 88Ac, Tot. Hauptn. 45a, 47a, 119f, 119d, 120Ab, 120Bb, 104b, Gt: 30 Kilo, 2 Knorr, 20 Kilo, 3 Bruch, 25 Reis 1, Bu: 70 Kilo, 15 Knorr, 3 Kilo, Vir: 3 Kilo, 1 Kilo, Kie: 40 Kilo, 60 Kilo, 131 Reis 1  
**Schwemsal.** Jag. 8a, 50b, 56, 59c 81d u. Sammelk. Gt: 3 Kilo, 11 Kilo, 28 Reis 1, Bu: 10 Kilo, 40 Kilo, 30 Reis 1, Kie: 200 Kilo, 100 Kilo, 300 Reis 1  
**Tornau-Süd.** Jag. 2b, 6a, 38b, 40Ab Bu: 24 Kilo, 18 Kilo, 3 Reis 1, Kie: 16 Kilo, 162 Reis 1  
**Rauchhaus.** Sammelk. Gt: 7 Kilo, 1 Reis 1, Vir: 1 Reis 1, Kie: 94 Reis 1  
Berichtigung vorbehalten

**Frische Flecke**

empfiehlt **Rich. Krausemann Nachf.** Inhaber Heinrich Schneider

**Führer durch die Dübener Heide** empfiehlt **Richard Arnold, Kemberg**

**Gicht- und Rheumatrante!** können sich von ihrem qualvollen Leiden befreien durch **Carl Vaders Divinalsalbe.** Seit Jahrzehnten 1000fach bewährt bei **Gicht, Rheuma, Zifias, Nervenleiden,** Schmerzstillend u. heilend Wirkung überragend. Zahlreiche Dankschreiben von Geheilten. Preis 1,50 u. 3.— RM.

Apothek Kemberg. Apotheke Bad Schmiedeburg.

**M.-T.-V.** Morgen Donnerstag, den 7. Mai, abends 1/9 Uhr im Vereinslokal (Hotel Palmbaum)

**Turnratsitzung** anschließend

**Berufsammlung** Zahlreiches Erscheinen der Turngesellschaft erwünscht

**Der Vorstand** **Kad.-Berein Germania** Morgen Donnerstag im Schützenhaus

**Berufsammlung** Zahlreiches Erscheinen erwünscht **Der Vorstand.**

**Haus- u. Grundbesitzer-Verein e. V.** Am Donnerstag, den 7. Mai, abends 8 Uhr findet

**Berufsammlung** in der Weintraube statt. Die Mitglieder wollen mit ihren Frauen zahlreich erscheinen.

Es spricht Herr Oberinspektor Maack aus Halle über **Der Haus- und Grundbesitzer vor neuen Gefahren und Möglichkeiten zur Abwehr**

Zu dieser Berufsammlung werden hiermit auch Hausbesitzer, die dem Verein nicht angehören, mit ihren Frauen eingeladen

**Der Vorstand** **Gewerbe-Berein** Freitag, den 8. Mai, abends 1/9 Uhr im Hotel Palmbaum

**Berufsammlung** Zahlreiches Erscheinen erbittet **Der Vorstand.**

**Zahlungsbefehle**

empfiehlt vom Lager **Richard Arnold.**

**Die schönsten Farben zu herabgesetzten Preisen** für Kalt-, Leim- u. Delanstriche  
**Weiweiß in Del, Firniß**  
**Terpentin — Siccatis**  
**la. Fußboden-Lackfarbe**  
**Streichfertige Oelfarben** in jedem Farbenton  
**Pinzel — Schablonen**  
**Tafel-, Eichel- u. Kalt-Leim**  
**— Lacke jeder Art —** empfiehlt **C. G. Pfeil**

**Nitrophoska**  
**Kali-Ammonsalpete**  
**Natronsalpete**  
**schwefels. Ammoniak** und **andere Düngemittel** liefert zu herabgesetzten Preisen **Albert Dülfsch Nachfolg.**  
**Prima Saalkartoffeln** verkauft **Karl Lehmann** Weinbergstraße 8

**Magdeburger Pferde- und Auto-Lotterie**

**Vorziehung: am 15. Mai 1931**  
**Hauptziehung: am 22. und 23. Juni 1931**  
**Gesamt-Gewinnplan:**  
2 Hauptgewinne: 1 Automobil od. 1 kompl. Wohnungseinrichtung im Werte von je RM. 7500 RM. 15000  
2 Prämien: 2 Kutschpferde od. 1 Herrenzimmer im Werte von je RM. 2500 RM. 5000  
2 Hauptgewinne: 2 edle Pferde oder 1 Auto im Werte von je RM. 3000 RM. 6000  
16632 Gewinne und 2 Prämien im Werte von RM. 60000  
Sämtliche Lose, die in der Vorziehung nicht gewonnen haben, sind ohne Nachzahlung auch für die Hauptziehung gültig.  
Auf Wunsch Auszahlung bei Gewinnen über 2.— Mark mit 90 % in barem Gelde.

**Einzel-Lose 1 Mt.** Lose zu haben bei: **Doppel-Lose 2 Mt.**  
**Richard Arnold, Buch- und Papierhandlung** Leipziger Straße 64/65 und Markt 3

**Hotel „Blauer Hecht“**  
Sonabend, den 9. Mai, von nachm. 3 Uhr an  
**Grosser Jahrmärkts-Ball**  
Erstklassige Ballmusik Stark besetztes Orchester  
Kalte und warme Speisen in bekannter Güte  
: Biere, Weine und Liköre erster Häuser :  
Um gültigen Zuspruch bittet **Paul Günther**  
Räderaufbewahrung

**Zum Jahrmarkt empfehle** prima frisches **Rind-, Kalb- und Schweinefleisch**  
**Ir. Bratwurst, Fleischsalat**  
**Kasseler Rippespeer**  
**die. Aulsehnitt**  
**Ir. Sülze, Kaiserjagdwurst, Mortadella**  
**Wiener Würstchen, Würstchen in Dosen**  
**Bockwurst und Breslauer**  
**Richard Krausemann Nachf.**  
Inhaber Heinrich Schneider.

**7994 DEUTSCHE ARZTE** haben allein im Jahre 1928 schriftlich **KAFFEE HAG** empfohlen Auch Sie sollten diesen völlig unschädlichen Bohnenkaffee trinken

**KAFFEE HAG SCHONT** **IHR HERZ**  
Stets frisch zu haben bei **Richard Tempelhof**, Ecke Anhalter- und Kreuzstraße

**Roggenstroh**  
verkauft für 1.— RM pro Zentner ab Scheune **Untersverwaltung Meuro**

**Statt Karten.**  
Herzlichen Dank für die freundlichen Aufmerksamkeiten anlässlich unserer Vermählung.  
**Kurt Pade u. Frau** Irmgard, geb. Weise  
Kemberg, im Mai 1931.

# Kemberger Zeitung

vormals General-Anzeiger für Kemberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Erscheint wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages. Wöchentliche Beilagen: „Landmanns Sonntagblatt“ und „Militärisches Unterhaltungsblatt“. Bezugspreis: Monatlich für Abholer 1,25 M., durch Boten ins Haus gebracht in Kemberg 1,35 M., in den Landorten 1,40 M., durch die Post 1,45 M. Im Falle höherer Gewalt Betriebsstörungen Streift nicht zu Lasten des Abnehmers auf Lieferung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreis: Die halbpaltene Perzeile oder deren Raum 15 Pfg., die halbpaltene Kleinzeile 40 Pfg., Ausnahmestück 30 Pfg. / Für Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für richtige Wiedergabe unendlich geliehener oder durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen wird keinerlei Garantie übernommen. / Beilagengebühr: 10,- M. das Konting., zusätzlich Postgebühr. / Schluß der Anzeigenannahme vormittags 10 Uhr, größere Anzeigen tags zuvor.

Amtsblatt für den Magistrat zu Kemberg, das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 54

Donnerstag, den 7. Mai 1931

33. Jahrg.

Sonabend, den 9. Mai

## Kram- u. Schweinemarkt

Der Anstich beginnt um 7 Uhr  
Kemberg, den 29. April 1931.

57) Die Polizeiverwaltung.

## Die städtische Badeanstalt

ist neu vorgerichtet, erweitert und verbessert worden. Sie wird hiernit zur **Verpachtung** ausgeschreiben. Als Pächter kommen nur gute Schwimmer in Frage. Nähere Auskunft erteilt der Bürgermeister.  
Angebote bis 10. Mai erbeten.  
Kemberg, den 5. Mai 1931.

58) Der Magistrat

## Immer neue Stafforgen!

Durch nichts wird unsere schwierige wirtschaftliche Gesamtlage in ansehlicher Weise illustriert als durch die Tatsache, daß die Stafforgen bei uns kein Ende nehmen. Vom Defizit zu Defizit, das scheint die wahrhaft tragische Lösung zu sein, unter der unsere Gläubiger seit Jahren stehen und man wird dabei an das loben gesprochen Wort Dr. Bubers erinnert, daß eine wirklich getragene Haushaltsführung bei uns auf die Dauer so lange unmöglich sein wird wie untragbare Tributlasten auf uns drücken. Natürlich müssen wir, solange diese noch bestehen, alles tun, was in unserer Macht liegt, um unser Haus in Ordnung zu bringen. Wie schwer das freilich trotz allen guten Willens ist, dafür gibt die Entwicklung unserer letzten Etats ein nur zu deutliches Beispiel.

Auch der letzte Etat steht unter dem Zeichen des Defizits. Das Defizit hat in dem am 31. März abgelaufenen Haushaltsjahr gegenüber einem Voranschlag von 10 265,6 Millionen RM nur 9024,4 Millionen RM eingenommen, so daß eine Mindereinnahme von 1240,7 Millionen RM zu verzeichnen war. Von dieser Mindereinnahme entfallen 810,5 Millionen RM auf die Besitz- und Verkehrsteuern und 430,2 Millionen RM auf die Zölle und die Verbrauchssteuern. Mit einem Einnahmeausfall in dieser Höhe hat das Reichsfinanzministerium nicht gerechnet; es schätzte noch Mitte März den Gesamteinnahmebetrag nur auf 1040 bis 1060 Millionen RM ein, nachdem sich im November 1930 die Schätzung auf nur 900 Millionen RM belaufen hatte. Zu diesem Fehlbetrag im ordentlichen Haushalt kommt noch derjenige des außerordentlichen Haushalts, der auf 200 Millionen RM zu schätzen ist, so daß sich insgesamt ein Betrag von rund 1450 Millionen RM ergibt. Ende Februar 1931 betrug die schwebende Schuld rund 1580 Millionen RM. In diesem Betrag war der Haushaltsfehlbetrag nur mit 885 Millionen RM (anlaßt des endgültigen Betrages von 1240,7 Millionen RM) eingelegt, so daß ein Gesamteinnahmebetrag in Form der schwebenden Schuld mit rund 2 Milliarden RM auf das neue Haushaltsjahr übernommen werden mußte. Zu berücksichtigen ist hierbei, daß im vergangenen Haushaltsjahr 290 Millionen RM an nichtverbreitenden Einnahmen eingegangen sind, und daß rund 1350 Millionen RM durch Schuldenaufnahme gedeckt wurden. Da Möglichkeiten dieser Art künftig nicht bestehen, muß dieser Betrag bei Beurteilung der Aussichten für das kommende Finanzjahr mit berücksichtigt werden. Erwähnt sei schließlich noch, daß am 1. Oktober 1930 rund 620 Millionen RM Steuerrückstände vorhanden waren. Es ist anzunehmen, daß dieser Betrag zu einem erheblichen Teil nicht einsehbar sein wird.

Ist dieses Bild schon trübe, so wird es noch trüber, wenn man bedenkt, daß in dem jetzt abgelaufenen Haushaltsjahr die erste Hälfte, d. h. die Zeit vom April bis September 1930, gegenüber den jetzigen Zuständen noch verhältnismäßig günstig war. Anzwischen sind sowohl die Einnahme- wie auch die Ausgabeleihe des Etats von der abintendenden Konjunktur in immer stärkerer Weise beeinflusst worden. Es ist deshalb ausgeschlossen, daß der für das laufende Haushaltsjahr festgelegte Voranschlag von 10 265 Millionen RM eingehalten wird; es ist sogar anzunehmen, daß im jetzigen Haushaltsjahr nicht einmal die Einnahmen des vorigen erreicht werden, während gleichzeitig eine nicht unerhebliche Steigerung der Ausgaben eintreten dürfte. Während vor einigen Wochen der Fehlbetrag für das laufende Jahr noch auf 600 Millionen RM geschätzt wurde, rechnen unterrichtete Kreise jetzt bereits mit einer Fehlbetragsmöglichkeit von einer runden Milliarde im Reichsstat. Dazu kommen dann noch die Fehlbeträge bei Ländern und Kommunen, die allein bei den Gemeinden am 31. März 1931 auf rund 600 Millionen RM zu schätzen waren, ein Betrag, der sich im Laufe dieses Jahres sicher auf 1 Milliarde erhöhen wird. Rechnet man dazu noch die Fehlbeträge aus der Arbeitslosenversicherung, der Invalidenversicherung und der Knappschaft, die zusammen gleichfalls rund 1 Milliarde betragen werden, so rundet sich das Bild ab.

Wie dieses Defizit, das hier natürlich nur in großen Zügen errechnet werden kann, abzudecken, und wie die Finanznot zu beheben ist, darüber schweben zurzeit natürlich Ermüdungen. So erhält sich trotz mehrfacher Dementis hart-

nächst das Gerücht von einer neuen Kürzung der Beamtengehälter, über deren Unpopulartät kein Wort zu verlieren ist. Angesichts der gesamten Entwicklung wird man wohl von selbst dazu gezwungen sein, auch auf dem Gebiet der Sozialstats erhebliche Einsparungen vorzunehmen. Hoffentlich steht der von der Regierung Brünning mehr als einmal proklamierte Grundgedanke „keine Steuererhöhungen mehr!“ nach so vielen trüben Erfahrungen nunmehr endgültig fest. Es ist keine Frage mehr, daß der Etat ohne Steuererhöhungen in Ordnung gebracht werden muß; die Frage ist nur, wie das geschehen kann.

## Vor grundsätzlichen Entscheidungen.

Die Wirtschafts- und Finanzpolitik der Reichsregierung Berlin, 5. Mai.

Bei den Beratungen des Reichskabinetts stehen gegenwärtig die Finanz- und Sozialpolitischen Fragen im Vordergrund. Die Besprechungen drehen sich in erster Linie um die Deutung des Fehlbetrages im Reichshaushalt und um die Sicherung und Sicherung der Arbeitslosenfürsorge, des Reichsstaatsbudgets.

Wie in politischen Kreisen verurteilt, hat der Reichsfinanzminister bereits eine Reihe von Einnahme- und Deckungsmaßnahmen ausgearbeitet und anderen beteiligten Stellen zur Prüfung vorgelegt. Die endgültige Entscheidung dürfte doch erst fallen, wenn das Kabinett sich über die Grundzüge klar geworden ist nach denen seine Politik jetzt weitergeführt werden muß. Wie man weiß, haben die einzelnen Minister bei der Wiederaufnahme der Kabinettsarbeiten nach der Osterpause zunächst darüber berichtet, wie sich die Lage auf ihrem Spezialgebiet inzwischen verändert hat. Es ist nur konstat, daß das Kabinett prüft, ob diese Entscheidung Veranlassung gibt, grundsätzliche Entscheidungen zu treffen. Das bezieht sich z. B. auf die Frage

ob die Senkungspolitik fortgesetzt oder nun zum Abbruch gebracht werden soll, um organisch von anderen Maßnahmen abgelöst zu werden die geeignet sind, eine Belebung der Wirtschaft herbeizuführen. Erst wenn über solche grundsätzlichen Fragen Klarheit geschaffen ist, wird sich bestimmen lassen, in welcher Art die Deutung zu erfolgen hat. In politischen Kreisen nimmt man an, daß diese Klärung verhältnismäßig bald herbeigeführt wird.

## Anfragen im Preussischen Landtag.

Ministerpräsident Brauns über die Auslageverweigerung Berlin, 5. Mai.

Im Preussischen Landtag, der die zweite Beratung des Haushalts des Staatsministeriums und des Ministerpräsidenten begann, beantwortete Ministerpräsident Brauns eine Reihe großer Anfragen.

Die Verweigerung der Auslagegenehmigung für Staatsminister vor dem Volksbegehren-Untersuchungsausschuss des Preussischen Landtages, die von der Deutschen Volkspartei zum Gegenstand einer Strafanfrage gemacht



Prüfung zur zweiten Beratung des Haushalts des Staatsministeriums und des Ministerpräsidenten fortgesetzt, ging Ministerpräsident Brauns auf die Ausführungen der Redner

vom Vortage ein. Er erklärte u. a., das A und D der gesamten Reichspolitik liehe zu sein: Wie trennen wir das Zentrum von der Sozialdemokratie? Er wandte sich dann der Notverordnung zu und erklärte, wenn bei ihrer Anwendung in den ersten Tagen Mißgriffe vorgekommen seien, so sei das beauerlich. Berechtigten Beschwerden sei aber Gehör gegeben.

Unter dem Widerspruch der Rechten erklärte der Ministerpräsident, es sei falsch, wenn man Behauptung für das Notverordnung habe die höchste Werbung für das Volksbegehren gemacht.

Er habe füglich darauf hingewiesen, daß der Stahlhelm, der sich heute als unerträglichster Feind des jetzigen Regimes in der Öffentlichkeit zeige, zur Zeit seiner Entstehung stramm republikanisch gewesen sei. Bei diesen Worten des Ministerpräsidenten wurde auf den Bänken der Rechten Lachen und Widerspruch laut.

Der Ministerpräsident hielt ferner der Deutschen Volkspartei vor, daß ein Teil der Volksbegehler zur Deutschen Volkspartei offenbar kein rechtes Vertrauen habe. Der Erfolg des Volksbegehrens, so fuhr Brauns fort, ist zum größten Teil durch die Ausnutzung wirtschaftlicher Liebermacht über abhängige Leute erzielt worden. Was auf diesem Gebiete in den ostpreussischen Bezirken gescheit worden sei, geht über den Terror der Vortagezeit hinaus. Es sei mit dem Terror eine gewisse Gegenwehr als Antwort auf den Terror von anderer Seite geltend gemacht habe. Bei den Landtagswahlen werde darüber entschieden werden, ob das neue Regime in Preußen in der ruhigen kontinuierlichen Weise weiter die Aufbaubarkeit forschen könne oder die Katastrophenspolitik komme, die der Rechten vorzöhmte.

Die Ausführungen des Ministerpräsidenten wurden oft von Zwischenrufen auf der Rechten unterbrochen, während die Regierungsparteien dem Ministerpräsidenten Beifall gollten.

## Sozialdemokratischer Antrag.

Die Sozialdemokraten haben im Preussischen Landtag unter Bezugnahme auf die Brotpreiserhöhung in Berlin beantragt:

1. das Staatsministerium zu ersuchen, durch den Reichsrat und auch auf dem Verhandlungswege auf die Reichsregierung einzuwirken, daß die letzte Brotpreiserhöhung in Berlin und anderen Orten sofort rückgängig gemacht wird;
2. das Staatsministerium zu ersuchen, diesen Beauftragten der Berliner Bevölkerung als im Widerspruch mit der Kartellgesetzgebung (stehend im Verwaltungswege aufzuheben.

## Der soziale Gesamtaufwand.

7,5 Milliarden RM im Jahre 1930.

Berlin, 6. Mai.

Aus einer Aufstellung über den Aufwand der Sozialversicherung ergibt sich, daß aus den Beiträgen für die Krankenfürsicherung aufgebracht wurden 2,1 Milliarden RM, für die Unfallversicherung 430 Millionen, für die Invalidenversicherung 985 Millionen, für die Angestelltenversicherung 382 Millionen und für die Knappschaftsversicherung 147 Millionen RM. Dazu kommen noch 18 Millionen Reichsmark für die Krankenfürsicherung, 445 Millionen für die Invalidenversicherung und 30 Millionen RM für die Knappschaftsversicherung.

Der Gesamtaufwand hat also im Jahre 1930 betragen 4 937 000 000 RM gegenüber 1 371 200 000 RM im Jahre 1913. Dazu kommen noch rund 3 Milliarden RM Arbeitslosenversicherung. Der gesamte Sozialversicherungsaufwand hat demnach im letzten Jahre 7,5 Milliarden RM betragen.

## Gegen die Erwerbslosennot.

Die Vorbereitung des freiwilligen Arbeitsdienstes.

Berlin, 6. Mai.

In der Reichsanzlei fand eine ausführliche Aussprache zwischen den interessierten Verbänden über den freiwilligen Arbeitsdienst statt. Den Vorsitz führte Reichsminister Treutmann, der die Verhandlungen mit längerer Darlegung darüber eröffnete, wie sich auf Grund der vorbereitenden Besprechungen zwischen den Reichsverbänden und innerhalb der Brauns-Kommission nach seiner Ansicht ein freiwilliger Arbeitsdienst mit Unterstützung des Reiches entwickeln lasse. Es betraf die Hoffnung, von der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung einen Kopfbetrag von etwa 2 RM für eine bestimmte Frist zu erhalten.

In der Aussprache pflichteten alle beteiligten Organisationen mit gewissen Abweichungen in Einzelfragen an, soweit es sich um geistlich orientierte Verbände handelt, unter gewissen Vorbehalten in bezug auf Organisation, arbeitsrechtlichen Aufbau usw. dem Grundgedanken des freiwilligen Arbeitsdienstes bei. Die von dem Minister aufgeworfene Frage, ob eine ausstehende Zahl von Freiwilligen sich unter den in Aussicht genommenen Bedingungen melden würde, wurde allerorts bejaht. Auch die weitere Frage, ob ausstehende Arbeiter vorhanden seien, wurde bejaht.